. . . . . .Nichts und Niemand wird vergessen

In Gedenken an die jungen Antifaschisten,
welche in den vergangenen Monaten von
Nazis brutal ermordet wurden.
- Carlos (am 11.11.08 in Madrid getötet)
- Jan Kucera (am 18.1.08 in Tschechien getötet)

Wut und Trauer zu Widerstand. . . . . .

:::Beiträge und Bestellungen an md_info@web.de::::::::::::

Nr. 6// Februar 2008

RABATZ

::: 3- monatiges MagdeburgInfo

ZUSAMMEN KÄMPFEN.

★ ★ ★

:::INTRO:::

Neues Jahr, neue Ausgabe.
Ja Ja, mit einigen Wochen Verspätung ist es vollbracht: Mit der 6. *Rabatz*-Ausgabe wollen wir ein neues Jahr, voller Energie und Kraft für den Kampf gegen das Schweinesystem, einläuten.
Anfang Januar war schon einiges los in MD und Umgebung. In der neuen Rubrik "Chronik" bekommt mensch einen kleinen (unvollständigen) Überblick was so in den letzten Monaten passiert ist.
Ansonsten gibts natürlich noch weitere interessante Beiträge auf 28 Seiten. Lest einfach selbst nach....
Ein Dank geht an die Menschen die uns ihr Material/ Beiträge schicken und dazu beitragen, dass dieses Blatt erscheinen kann.

Schickt weiterhin eurer Material an:
md_info@web.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Meinhof, Große Diesdorfer Str. 15, 39108 Magdeburg

Die Rabatz versteht sich als Plattform für Information und Diskussion. Kommentare und Meinungen sind in der Redaktion immer willkommen. Vorschläge und Skripts werden in jedem Fall in der Redaktion diskutiert.

Schickt uns eure Beiträge, Artikel, Layout, Fanpost o.ä. per mail an: md_info@web.de
Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder geben.

Rabatz per Post: Wir verschicken die aktuellen Ausgaben auch. (mail an md_info@web.de)
Porto muss der Empfänger bezahlen.

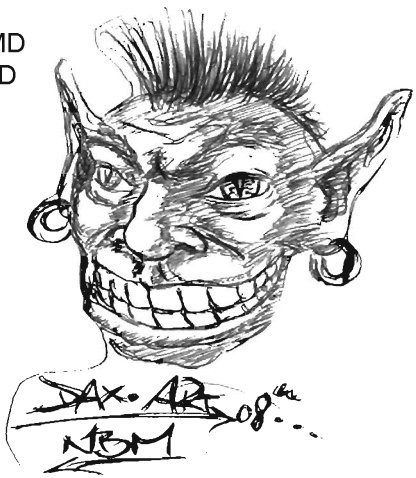
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/ der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. >Zur-habe-name< ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/ der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Inhalt:

Regional/ BRD
- Chronik / was ging ab?
- Bericht zum Naziaufmarsch in MD
- Ausstellung von Eva Haule in MD
- Interview mit der Freiraumgruppe Magdeburg
- Selbstverständnis [A.L.M.]
- Nasty Neighbours
- Köpi News
- R. Luxemburg und die anti-deutschen Kreuzritter

International
- Repression in Italien
- Krieg in Kurdistan
- Frauen im Iran

Sonstiges
- Termine
- Adressen



Redaktionsschluß für die 7. Ausgabe: 05. Mai.2008
Beiträge / Infos an: md_info@web.de

Chronik
oder was ging ab?

In dieser Rubrik werden wir ab jetzt eine Sammlung verschiedenster Meldungen/ Berichte der letzten Monate dokumentieren.
+++ garantiert unvollständig +++

September:

- 1.9.07, 5. Jahrestag der Räumung der Ulrike (besetztes Haus 2000-02)
- Schlagzeilen über brutale Naziübergriffe auf MigrantInnen sind nun jedes Wochenende in der lokalen und überregionalen Presse zu finden
- Ansammlung von Suffnazis in der Arndtstr. (Stadtfeld) wurde von Antifas aufgelöst. Es kam zu Auseinandersetzungen in deren Verlauf mehrere Nazis verletzt wurden
- ein 31jähriger rechter Schläger (schon polizeibekannt) wurde in der Schillerstraße von mehreren Punks mit einer Eisenstange angegriffen
- vermehrt werden gesprühte Naziparolen in Stadtfeld gesichtet. Diese wurden kurze Zeit später durch Antifas beseitigt.
- Kiezspaziergang mit 40 AntifaschistInnen durch Stadtfeld. Anschließend Kundgebung in der Beimssiedlung um Axel Meier (Neonazi, siehe letzte Rabatz-Ausgabe) zu outen.

Rassistischer Überfall in Magdeburg

Magdeburg. Ein 41jähriger Afrikaner ist in Magdeburg von drei Männern verprügelt worden. Wie eine Polizeisprecherin am Montag sagte, ereignete sich der Zwischenfall bereits am Sonntag nachmittag. Nach ihren Angaben waren die drei Angreifer zwischen 20 und 41 Jahre alt und betrunken. Zwischen den drei Männern und ihrem in Côte d'Ivoire geborenen, aber in Deutschland lebenden Opfer habe es zunächst verbale Auseinandersetzungen gegeben. Dabei sei der Afrikaner u.a. als Neger beschimpft worden. (AP/jW)

Oktober:

- Ulrike (besetztes Haus 2000-02) wurde scheinbar mit Farbe angegriffen und die Botschaft "Besetzt" hinterlassen
- über 200 TeilnehmerInnen auf Videokonferenz (18.10./ in Berlin) zum 30. Jahrestag der Stammheimer Todesnacht. Auch in anderen Städten Europas mehrere hundert TeilnehmerInnen auf Veranstaltungen zu der Thematik
- bei einem Fahrzeug der Bundeswehr wurden anscheinend in Magdeburg-Stadtfeld die Reifen zerstochen

November:

- Antifaschistische Aktionswoche gegen den Naziladen Narvik und anderen faschistischen Strukturen. Zwei Infoveranstaltungen finden statt und eine Demonstration mit 200 Antifas
- auch in Magdeburg findet nach den Angriffen des türkischen Militärs auf Kurdistan und gegen die rassistische Hetze auf KurdInnen eine Solidemo statt. Am 3.11.07 demonstrierten über 300, überwiegend KurdInnen, durch die Magdeburger Innenstadt
- erneut Naziparolen in Stadtfeld bzw. der Beimssiedlung gesprüht. Nur wenige Stunden später wurden sie von StadtfelderInnen beseitigt.
- § 129 a Konstrukt der BAW kippt. Oliver, Flori und Axel (§ 129a Beschuldigte im "mg"- Verfahren) wurden aus der JVA Moabit entlassen. Einige Wochen vorher schon wurde der Berliner Soziologe Andrej Holm (ein weiterer Beschuldigter) entlassen.
- das Landeskriminalamt Sachsen- Anhalt manipulierte die Statistiken für rechtextreme Straftaten. Dies bekam sogar die Presse mit und der LKA- Chef musste den Posten räumen
- Nazis planen erneut einen Aufmarsch am 19.1.08. Antifa- Sonderseite geht online (www.nazis-stoppen.de.md)

Dezember:

- ehemaliges besetztes Haus in der Friesenstr. wurde mit roter Farbe eingefärbt
- 4 rassistische Übergriffe an einem Wochenende in Magdeburg. Alle finden Erwähnung in der hiesigen Presse. Ein Übergriff ereignete sich in einem Nachtbus in Stadtfeld
- bis zum Naziaufmarsch (19.1.08) fanden jeden Freitagabend Kiezspaziergänge durch Stadtfeld statt
- Anti- Konsumwahn Aktion in der Innenstadt: 30- 40 AktivistInnen lieferten sich in zwei Einkaufstempeln eine heftige Kissenschlacht. Die Polizei kam zu spät
- Gegen den Betreiber (Maik Tag) der Internetpräsenz „NPD Burgenland" wurde ein Verfahren wegen dem Besitzes von Kinderpornos eröffnet
- am 27.12.07 kommt es am Hasselbachplatz (vor der Kneipe Flowerpower) zu Auseinandersetzungen zwischen Antifaschisten und Neonazis
- ca. 400 Nazis demonstrieren unter massivem Polizeischutz durch Stendal, trotz kurzer Mobilisierungszeit konnten bis zu 200 Autonome AntifaschistInnen ihren Unmut gegen die Faschos auf die Strasse tragen
- laut Polizeimeldung wurde am 30.12. ein Kriegsdenkmal (General von Steuben Denkmal in der Magdeburger Harnackstraße) komplett mit rosa-violetter Farbe eingefärbt.

Auf dem Sockel wurde zudem zweimal die Losung „Kriege machen niemanden groß" hinterlassen.

- Sylvesternacht: Am Neustädter Platz stoppen 50 Leute eine Straßenbahn und demolieren diese anschließend. In Stadtfeld brennen Mülltonnen. 5 Nazis, welche in der Goethestr. rechtsradikale Parolen brüllten, bekamen die geballte Ablehnung einiger Antifas zu spüren und mussten mit einigen Blessuren schleunigst ihren Heimweg antreten. Laut Presseangaben der Polizei griffen des weiteren am Hasselbachplatz „Randalierer" Polizisten an und demolierten mehrere Einsatzwagen. Ein 37-jähriger Beamter sei durch Schüsse aus einer Schreckschusswaffe im Gesicht verletzt worden.

Schwere Silvesterkrawalle in Leipzig und Magdeburg

Januar 2008

- am ersten Januarwochenende versuchten 10 Nazis einen Afrikaner in Magdeburg (Uniplatz) anzugreifen. Der junge Afrikaner kam schließlich mit Verstärkung zurück und die Nazis mussten eine Abreibung kassieren. 2 Nazis wurden am Kopf verletzt und mussten ins Krankenhaus.

Ereignisse der Silvesternacht von Vandalismus bis Brand / Rettungsdienst 94-mal im Einsatz

Straßenbahn demoliert und General von „Denkmalstürmern" beschmiert

- 3 Tage später demonstrieren 60 Nazis durch Magdeburg-Nord gegen „Ausländerkriminaltität“. Polizei war reichlich vor Ort. Anmelder dieser spontanen Demo war der JN Funktionär Jens Bauer. AntifaschistInnen und MigrantInnen sammelten sich daraufhin vor einem Afroshop am Uniplatz, da dort Übergriffe befürchtet wurden.

- am Abend vor dem Naziaufmarsch konnte man bei indymedia.de nachlesen, dass der Naziladen Narvik an den Schaufensterscheiben Glasbruch erlitten hatte

- 19.1.08 – Naziaufmarsch in Magdeburg. 400 Nazis marschieren durch die Innenstadt. Am Vormittag Demo mit ca. 350 AntifaschistInnen durch Stadtfeld. Anschließend drangen einige Antifas in die City ein. Es kommt zu vereinzelten direkten Aktionen (Glasbruch bei Faschoauto, jede Menge Rauch am City Carre usw.. Des weiteren finden noch zwei weitere Demos (mit jeweils 200 TeilnehmerInnen) gegen den Naziaufmarsch satt. Über 1000 Polizisten in der Stadt, Polizeiübergriffe auf Antifas, 15 Ingewahrsamnahmen.

- 25.01.08, in Stendal findet eine Antifa-Demonstration anlässlich des Mordes an den jungen Antifaschisten (18.1.08, Tschechien) statt. Kraftvolle Demo mit Feuerwerk und Bengalos. Laut MDR- Meldung “hat eine Gruppe von rund 50 Jugendlichen einen Streifenwagen angegriffen. Die zum Teil vermummten Angreifer umstellten die Funkstreife und zerstörten mit einer Holzstange die Heckscheibe. Ein Beamter wurde durch einen Faustschlag verletzt.“

+++ ENDE +++

in der nächsten Ausgabe gehts weiter...

Habt ihr etwas mitbekommen? Mail an:

md_info@web.de

Proteste gegen Rechts

Eskalation nach Polizeiblockade

Magdeburg (kt). Zu Auseinandersetzungen zwischen linken Demonstranten und der Polizei kam es am Sonnabend in Magdeburg. Die zunächst friedlich verlaufende Antifa-Demo richtete sich gegen einen Aufmarsch von 600 Rechtsextremen aus ganz Deutschland anlässlich des 63. Jahrestages der Zerstörung Magdeburgs am 16. Januar 1945. Auch Oberbürgermeister Lutz Trümper und ein „Bündnis gegen Rechts“ hatten zur Gegendemonstration aufgerufen. Sie verlief mit 350 Teilnehmern friedlich. Parallel gingen 430 Linke in zwei Protestzügen auf die Straße. Einen davon blockierte die Polizei fast drei Stunden lang vor dem Hundertwasserhaus, um ein Zusammentreffen mit Rechtsextremen zu verhindern. Die Lage eskalierte, als Demonstranten gegen die Sperre anliefen. Ein Verletzter, acht Festnahmen. Das „Bündnis gegen Rechts“ übte im Anschluss heftige Kritik am Polizeieinsatz. II

Mit Pfefferspray und Reizgas ging die Polizei gegen linke Demonstranten in Magdeburg vor, die gegen einen zeitgleichen Aufmarsch von Rechtsextremen protestierten. Zur Eskalation kam es, nachdem die Polizei die Linksdemo blockiert hatte, um ein Zusammentreffen zu vermeiden. Foto: V. Kühne

Erlebnisbericht zum Naziaufmarsch | 19.1.08

Der 19. Januar war ein langer verregneter Tag. Er war für viele ein sehr anstrengender Tag. Dennoch kann gesagt werden, dass wir endlich wieder etwas Bewegung in dieser Stadt erlebten.
Als erster Erfolg konnten die antifaschistischen Spaziergänge, u.a. am 18.Januar, durch die Stadt bezeichnet werden. Bei dieser Aktion wurden hunderte Aufkleber am Kundgebungsort der Nazis und der Route verklebt. (Foto Volksstimme).Auch das „Narvik“ wurde an diesem Abend wieder mal Ziel des Antifaschistischen Engagements gegen heile Scheiben an Nazi-Läden.
Fangen wir am Anfang an: Verschiedene Antifa-Initiativen (u.a. Linkes Bündnis MD) bemühten sich, den Nazis das Leben an diesem Tag in Magdeburg besonders schwer zu machen.
Die Antifa- Demo durch Stadtfeld ging um 12.30 Uhr endlich los. Trotz langer Wartezeit und völlig beschissenem Wetter, starteten wir kraftvoll und lautstark durch den Kern von Stadtfeld-Ost. Im Vergleich zu den anderen Demos, die Mensch so in MD erlebte, eine wahre Befreiung.
Die Demo bewegte sich recht schnell, so dass nach einer Viertelstunde schon mehr als die Hälfte der Strecke erreicht war. Die Demo war eine symbolische Antifaschistische Manifestation an diesem Tag im Kiez. Wie Antifas hinterher erfahren mussten waren wir zu diesem Zeitpunkt nicht allein. So wurde berichtet dass kurz bevor die Demo aus der Annastr. auf die Diesdorfer Str. gebogen ist, es zu einer Auseinandersetzung von Jugendlichen mit einem bekannten Nazi-Hool gekommen ist. Die interessierten Mitbewohner des Kiezes erkannten *Behre* (Vorname unbekannt, siehe Foto) in seiner silbernen A-Klasse an der Arndtstr. an der Ampel stehen. Spontan wurde das Auto optisch etwas verändert. Ergebnis: 5 Insassen, wahrscheinlich auch Birnen aus Stadtfeld sprangen hinter den getönten Scheiben hervor.
Die Jugendlichen konnten gerade so entkommen.

Doch weiter ging der Kampf. Spätestens am Damaschkeplatz wurde die Entschlossenheit, an diesem Tag trotz Bullen an die Nazis heranzukommen, spürbar. Auf einmal zersplitterte sich alles und die e inzelnen Gruppen drängten sich in verschiedene Richtungen, was die Bullen scheinbar sehr langsam begriffen. So konnten sich viele absetzen und in die Innenstadt gelangen. Dort konnten sie dann den abgesperrten Bahnhof begutachten. Nazis im Bullenkessel, geschützt vor dem bürgerlichen Antifa-Geheuchel der Stadt und der Praxis anderer, nicht Linksradikalen Antifaströmungen (die mit den USA Fahnen und so).
Rassisten waren zu oft an diesem Tag offen anzutreffen, auch wenn sie von den Bullen geschützt wurden, war nicht jeder Rassist gleich auf der „Gedenkdemo“ der Faschisten anzutreffen gewesen. Dies bekam auch ein Punk zu spüren, als er laut seinen Unmut gegen die Nazis am Bahnhofvorplatz äußerte. Ein Kunde in FCM Kluft meinte da zu ihm:,,..du Jude, verpiss dich“ Als engagierter Antifaschist (von denen waren zeitweise sehr viele in der Stadt, da es ein ;,Freundschaftsspiel“ mit Schalke gab), gab es darauf eine Reaktion, nämlich eine Flasche „Sternburger“ auf Kopfhöhe. Schnell war er zu den anderen seiner Gattung in die Bahn gesprungen.

War vielleicht auch gesünder für ihn, so im allgemeinen gesehen. Als die Bullen dann anrückten, wurden sie mit einer Rauchbombe empfangen.
So versuchten wohl mehr als 500 Antifas auf verschiedene Art und Weise an die Nazidemo heranzukommen.
Die ganze Innenstadt war überfüllt an diesem Tag, von Bullen und Demonstranten.
Dies stiftete häufig genug Chaos, um weiter in Bewegung bleiben zu können.
Klar gab es Platzverweise und auch Festnahmen, aber es war auch was möglich an diesem Tag. Leider konnte dies nicht wirklich in der Innenstadt oder gar an der Fascho-Demo gezeigt werden, dennoch war der Spaziergang vom Vortag noch immer Allgegenwärtig. Und dies lag nicht nur an den unzähligen Aufklebern auf der Naziroute (oder auf der kaputten Scheibe des „Narvik"-Ladens).
Das Gefühl von Kraft wurde auch durch Neuigkeiten abseits der Demo bestätigt.
An diesem Tag wurde mindestens einem Dutzend versprengter Nazis in der Innenstadt ihr äußerlicher Modestil zum Verhängnis. Schon scheiße, wenn Nazi alleine zur Demo muss. Scheiße ist auch, wenn Nazis von außerhalb glauben, sie könnten an so einem Tag mit ihrem BMW in Stadtfeld mal schnell Geld holen. Trotz dreier Beschützer für das Auto, musste der Aschenbecher, welcher durch die Scheibe flog als Andenken aus Magdeburg akzeptiert werden.
Alles in allem ein einigermaßen abgerundeter Tag, der uns ein Stück weiter bringen konnte, aber oft auch wieder Ohnmachtsgefühle geweckt hat.
Jedoch müssen wir das Gesamtbild sehen und uns über das wachsende Engagement freuen.
Wir, unsere eigene Stärke und Selbstsicherheit werden auch in Zukunft weiter wachsen.
Und das ist ein Erfolg. Nicht nur für diesen Tag. Wir dürfen uns jetzt aber auch nicht ausruhen.
Wie am nächsten Tag in der Volksstimme zu lesen war, wurde vom 19. zum 20. Januar ein Schwarzafrikaner angegriffen, die Täter entkamen unerkannt (siehe Artikel).Auch wurde bekannt, dass am Abend der Demo eine Feier in der Kneipe , ‚Leuchturm" stattfand. Die Nazis, die da feierten, waren unter anderem Robert Schröder und seine Kinder-Nazi-Gang aus Stadtfeld-West (siehe Fotos Nasty Neighbours). Auch werden dort bekannte Birnen, wie Axel Meier und andere bekannte Rassisten, den Abend beendet haben. Wir wissen nicht, ob sie es waren die schließlich den Migranten angegriffen haben. Darum geht es auch nicht. Es geht darum, die faschistische Gefahr im Vorfeld zu erkennen und ihre Ursprünge zu bekämpfen.

AUS DEN REVIEREN

Am Sonnabend in Sudenburg:

Afrikaner angegriffen

Sudenburg (kt). Am Sonnabend gegen 23.40 Uhr alarmierte ein anonymer Anrufer die Polizei über eine Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen in der Wolfenbütteler Straße. Vor Ort konnten die Beamten nur noch den 18-jährigen Geschädigten ausfindig machen, ein in Magdeburg lebender Mann aus Guinea-Bissau. Er berichtete, dass er vor einer Gaststätte in der Wolfenbütteler Straße von drei Männern angesprochen worden sei und einer ihm unvermittelt mit der Faust auf die Brust geschlagen habe. Als der Afrikaner damit drohte, die Polizei zu rufen, flüchteten die Angreifer Richtung Sudenburger Wuhne. Die Beamten suchten vergeblich nach ihnen.

Die Polizei schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund zu dem Vorkommnis nicht aus. Die Kriminalpolizei ermittelt.

Lasst uns das Antifaschistische Engagement ausbauen, um den Nazis beim nächsten Aufmarsch noch konsequenter und vorbereiteter begegnen zu können.

Den antifaschistischen Selbstschutz organisieren.
Nazipack verpisst euch! Antifa heißt Angriff!!

„Porträts Gefangener Frauen“ - Ausstellung von Eva Haule
im Frauenzentrum Courage April/Mai 2008

Ausstellungseröffnung mit Eva Haule Ende März.

Da entstehen in einem Hochsicherheitsknast Fotografien, die dort gefangene Frauen abbilden. Die Fotos fertigte die Gefangene aus der RAF, Eva Haule (seit 1986 im Knast), in den Jahren 1998 bis 2003. Die Fotografierten sind Mitgefangene gewesen, die eine Situation des persönlichen Vertrauens gefunden hatten und die Lust daran fanden, sich in dieser Form auszudrücken.

Niemand sollte annehmen, es handelt sich hier um ein Ergebnis von Förderung im Strafvollzug. Das sind Schönfärbereien der Wirklichkeit hinter den Mauern. Die Kreativität ist vielmehr ein Wunder in einer Umgebung der Versteinerung. Die Chance zu dem Fotoprojekt ergab sich durch die Initiative zweier professioneller Fotografinnen in Freiheit, die für einen Kurs regelmässig in den Knast gekommen sind. Sie konnten die fachliche Anleitung sowie die Orientierung anbieten, ihre besondere Inspiration als Menschen von draussen.

Das herausragende Ergebnis konnten aber nur die gefangenen Frauen vollbringen. Die künstlerische Qualität haben dann berufenere Leute gewürdigt. Aber es sollte speziell noch erklärt werden, dass die entstandenen Fotografien zuallererst das kollektive Ergebnis einer gelungenen Auflehnung gegen alle Wahrscheinlichkeiten der Gefangenschaft sind.

Die Institution des Gefängnisses bezweckt mit dem Wegschliessen, Gesichter der Schuld und Scham zu formen. Alle Gefangenen ahnen zumindest oder wissen darum, wie die Jahre des Zwangs sie entstellen. Viele Schlägereien passieren wegen Blicken, die man eine Sekunde zu lang auf sich ruhen fühlt. Und der öffentliche Unterhaltungsblick auf die hinter den Mauern verschwundenen Menschen legt allenfalls eine Reihe von Kostümen fest, in eigener Art in Hinsicht auf gefangene Frauen, und bewirkt damit das genaue Gegenteil von Sehen : das Unsichtbarmachen.

Diese Widerstände musste erst mal überwinden, wer sich entschloss, die Lust auf und die Zuversicht zum eigenen Ausdruck über die aufgezwungenen Bilder siegen zu lassen. Eines steht fest, wer sich fotografieren lässt, glaubt noch an die Versprechen von Freiheit. Diese ganze Entstehungsgeschichte stelle ich mir vor, wenn ich das Ergebnis ansehe, die Fotografien, die auffordern, das Menschsein und die Hoffnungen der abgebildeten Frauen anzuerkennen.

Ich möchte kein Gesülze von der Art haben, dass die Fotografien den Moment zeigen, als „sich ein Riss auftat in dem Panzer“. Was ist das nebenbei noch für eine Verkennung notwendiger Grundausstattung gegen die totale Institution. Nein, die Fotos zeigen Aktivität und wenden sich an Leute, die auch die Aufforderung darin erkennen. Denn es zeigen sich Frauen, die in der Lebenssituation des Gefängnisses fähig sind, einen Augenblick des Stolzes herzustellen und damit an das Recht auf eine Welt ohne Gefängnisse erinnern.
(Text von Christian Klar - Gefangener aus d. RAF; seit 1982 im Knast)

Ausstellung von und mit Eva Haule
im Frauenzentrum Courage, Karl-Schmidt-Str. 56,39104 Magdeburg ab April/Mai 2008

Interview mit der Freiraumgruppe Magdeburg

Rabatz Redaktion: Freiraumgruppe, der Name verrät schon einwenig wofür ihr steht. Könnt ihr euch kurz vorstellen, wie lange es euch schon gibt und aus welchem Bedürfnis heraus ihr euch gegründet habt.

Wir möchten erstmal den zweiten Teil der Frage beantworten. Es gab im Sommer 2006 Bestrebungen innerhalb der Magdeburger Linken ein Haus zu besetzen und so linksalternativen Freiraum zu schaffen. Dabei waren viele Leute aus unterschiedlichen linken Gruppen, aber auch bis dato Unorganisierte. – Nachdem das Projekt nach einigen Wochen „zerfallen" war, kristallisierten sich einige Leute heraus, die trotzdem weiter an dem Projekt arbeiten wollten. Diese Leute haben sich zur Freiraumgruppe zusammengeschlossen.

Ein weiteres Bedürfnis war die Tatsache, dass es in Magdeburg seit der Räumung der Ulrike keinen linken, selbstverwalteten Freiraum mehr gibt. Wir sahen es als unsere Aufgabe an, wieder ein Projekt dieser Art in Magdeburg zu etablieren.

Heute sind wir eine Gruppe, die aus mehreren aktiven Menschen und auch einigen UnterstützerInnen besteht.

Rabatz: ***Von der einen oder anderen Aktion hat mensch bereits etwas gehört. Könnt ihr kurz eure Praxis näher beleuchten und etwas über eure politischen Ziele sagen?***

Ja, wir haben seit unserem Bestehen schon einige Aktionen durchgeführt. – In erste Linie möchten wir weiterhin das Bedürfnis nach Freiräumen in Magdeburg thematisieren. Letztendlich versuchen wir einen alternativen, selbstverwalteten Freiraum zu schaffen. Weiterhin wird es unser Ziel sein, eine Plattform bereit zustellen für verschiedene andere Aktionen und Themenbereiche, wie Antirassismus, Antifaschismus, Solidarität mit anderen linken Projekten, Streetart & alternativer Kultur, Vernetzung von schon bestehenden Freiräumen beinhalten.

Rabatz: Habt ihr in nächster Zeit Aktionen geplant?

Ein Plan ist ein alternatives, unkommerzielles Café, das auch Projektfläche bieten soll. Auch in nächster Zeit stehen Demos, Bauwochenenden und andere ähnliche Aktionen an.

Frage: Wie können euch Interessierte, die sich vielleicht ähnlich engagieren wollen, Kontakt mit euch aufnehmen?

Interessierte können uns auf verschiedene Weise kontaktieren. Zum einen sind wir per Email (FreiraumgruppeMD@gmx.de) erreichbar. Zum anderen können wir auch einfach bei Aktionen angesprochen werden.

Selbstverständnis - Autonome Linke Magdeburg [A.L.M.]

www.autonomer.widerstand.de.md

Die Autonome Linke Magdeburg, kurz A.L.M., ist eine außerparlamentarische Gruppe und verortet sich selbst in der radikalen Linken. Wir sind ein Zusammenschluss von Menschen, welche sich aus dem Bedürfnis heraus, linksradikale Politik zu machen, zusammengeschlossen haben. Wir erachten es in der heutigen Welt als Notwendigkeit, eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung zu schaffen, und eine neue Welt nach den Prinzipien des Anarchismus zu errichten.

Der Hauptansatzpunkt unserer Gruppe besteht darin, gegen das bestehende kapitalistische System zu kämpfen, da dieses hauptverantwortlich für Unterdrückung und Ausbeutung auf der ganzen Welt ist. Dabei versuchen wir eine neue Perspektive in die Gesellschaft zu tragen, um daraus eine emanzipatorische Bewegung zu entwickeln. Weltweit wird die Lage der Menschen zunehmend schlechter, doch die Interessen der Herrschenden sind nicht die Menschen und die Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen. Es geht ihnen um Ausdehnung des eigenen Machtbereiches und Machterhaltung, dies geschieht meist aus nationalistischen oder wirtschaftlichen Gründen. Bei der Stärkung der eigenen Wirtschaft wird auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen und auf die Umwelt keine Rücksicht genommen. Die kapitalistische Globalisierung wirkt sich innerhalb eines Landes sowie nach außen, also auf wirtschaftlich schwächere bzw. Dritte-Welt-Länder verheerend aus.
Wir setzen unsere Hoffnung auf Veränderungen nicht in den Staat, unsere Perspektive ist und bleibt die soziale Revolution weltweit. Wir kämpfen für ein Leben in dem die Herrschaft des Menschen über den Menschen nicht mehr existiert.

Die Befreiung von gesellschaftlichen Widersprüchen wie Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Faschismus, Nationalismus, Speziesismus, Imperialismus, religiösem Dogmatismus und Homophobie sind dabei ein wichtige Bestandteile unserer Politik. Jeder einzelne Widerspruch ist ein Teilbereichskampf und muss einzeln betrachtet und bekämpft werden, auch wenn viele Zusammenhänge zwischen den einzelnen Bereichen bestehen.
Unser Kampf betrifft alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und jeden einzelnen Menschen. Wir arbeiten daraufhin, dass sich jede und jeder darüber bewusst wird, dass er oder sie für Veränderung bei sich selbst und in der Gesellschaft verantwortlich ist.
Wir solidarisieren uns mit allen linken und rev. Formen des Widerstandes, solange diese für uns ersichtlich sind und sich stets selbstkritisch analysieren und hinterfragen. Um einen revolutionären Prozess in Gang zu setzen, halten wir es für wichtig, global zu kämpfen.

Wenn eine soziale Bewegung entsteht, ist diese nicht gleich emanzipatorisch nur weil sie sich gegen die bestehenden Unterdrückungsverhältnisse wehrt. Mensch muss versuchen dort agierende linksradikale Gruppen und Strukturen zu unterstützen, damit diese auf den Prozess einwirken können. Nur wenn es eine linke Kraft gibt die auf eine solche Bewegung einwirkt, kann sich diese weiter entwickeln, ohne die gesellschaftlichen Widersprüche zu reproduzieren.

Um unsere Politik zu vermitteln, tragen wir unseren Kampf auf die Strasse, an die Unis und Schulen, machen Öffentlichkeitsarbeit, organisieren uns in Bündnissen, betreiben Jugendarbeit und bauen Strukturen auf, die eine Alternative zu den bestehenden Verhältnissen darstellen. Unsere Arbeit beschränkt sich größtenteils auf das Gebiet, in dem wir leben, auf Magdeburg und die nähere Umgebung. Wir versuchen aber auch in der ganzen BRD und international aktiv zu werden.

Wir sind offen für Menschen und Strukturen, die Interesse an unserer Politik haben und mit uns zusammenarbeiten möchten.

Die Autonome Linke Magdeburg besteht seit November 2007.

Aktivitäten rund um den internationalen Frauentag (8. März) in Magdeburg:

NASTY NEIGHBOURS

++ NAZIS RAUS AUS DER ANONYMITÄT! ++

Achtung, Nazis in Stadtfeld!

Häufig gesichtet aber noch selten erwischt. Diese Prachtexemplare des JN-Nachwuchs, vertreiben sich ihre Freizeit mit Bier trinken an der Schrote am kleinen Holzspielplatz. Oder sie verstecken sich am “Schotter“ ,einem Bolzplatz in der Beimssiedlung.
Diese Nazibirnen sind verantwortlich für den großteil der Neofaschistischen ,,Aktivitäten“ welche aus Stadtfeld herraus begangen werden.
So die Aktionen der JN- an der Oskar linke Schule (Verteilungsaktionen sowie Sprühereien), die rassistischen Schmierereien und vereinzelte übergriffe auf Linke und andere Jugendliche.
Des weiteren kommt es laut Friedhofsverwaltung immer wieder zu Schändungen des Grabes von Frank Böttcher.

Das ist der Anfang vom Ende!
Nazis wir wissen wer/wo ihr seid!

oder die Axel Meier Clique

“Der harte Kern“ des sog. JN-Stützpunktes in Stadtfeld (West)

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Köpi News

AUF DER KIPPE

Im vergangenen Mai wurde die Köpi und der dazugehörige Wagenplatz verkauft.
Wie inzwischen allgemein bekannt sein dürfte, hat sich die Lage der Köpi in den letzten Wochen weiter zugespitzt. Der neue Eigentümer hat mittlerweile mehrere Verträge gekündigt, der Abriss ist angekündigt, und mit dem 31. Mai 2008 steht jetzt auch ein konkreter Räumungstermin an.
KÖPI VERTEIDIGEN – FÜR EINE BREITE KAMPAGNE !

"WENN WIR WOLLTEN, WIE WIR KÖNNEN..."

Die Reaktion der Linken auf die Situation beschränkte sich bisher auf zwei Demos und wenige kleine direkte Aktionen, ein paar Transpis und Sprühereien, sowie eine Menge Verbalradikalismus.
Es wurde schon oft proklamiert, dass ein Zentrum wie die Köpi für uns von höchster Bedeutung ist und dass wir alles daransetzen müssen, es zu erhalten.
Diesem Ziel sind aber wortgewaltige Drohungen wie "wenn die die Köpi räumen brennen wir die Innenstadt nieder!" nur sehr eingeschränkt förderlich.
Nicht nur, weil wir ernsthafte Zweifel daran haben, ob im Falle einer Köpi-Räumung die Innenstadt tatsächlich niedergebrannt werden würde (die Reaktionen auf staatliche Schweinereien der letzten Zeit lassen arg daran zweifeln, dass das passieren würde) – sondern vor allem deshalb, weil in diesem Fall die Köpi eben schon geräumt wäre – und das schönste innerstädtische Feuerwerk würde sie nicht wieder zurückbringen.
Auch die großspurigen Ankündigungen, die Köpi würde im Falle einer Räumung militant verteidigt, führen in die selbe Sackgasse.

Zunächst sollten wir uns klarmachen, dass der letzte Versuch einer militanten Häuserverteidigung in Berlin mittlerweile 17 Jahre zurückliegt – es ist mehr als zweifelhaft, ob sich heute wirklich die erforderlichen tausend Menschen dazu finden würden.
Doch selbst wenn es zu einer massenhaften militanten Verteidigung des Hauses kommen würde, sollten wir uns über deren Ausgang keine Illusionen machen – um es kurz auf den Punkt zu bringen:
Die Polizei hat Panzerwagen, wir haben aber keine Panzerabwehr-Raketen.
Und so lange das Kräfteverhältnis so ist, würde eine entschlossene Verteidigung des Hauses zwar ein paar Stunden gewinnen, ein paar mehr Polizist/inn/en ins Krankenhaus befördern – am Ausgang der Aktion jedoch absolut nichts ändern.
Um hier nicht falsch verstanden zu werden: Wir sind durchaus nicht gegen (möglichst starke) militante Reaktionen auf einen Räumungsversuch – wir möchten nur klar machen, dass derartige Reaktionen eine Räumung nicht verhindern können.
Am Ende hat es dann vielleicht mehr, vielleicht weniger geknallt; die folgenden Tage brennen vielleicht noch ein paar Autos oder Mülleimer –
die Köpi aber (und alles wofür sie steht) ist weg.
Um die Köpi wirklich zu erhalten und auf Dauer zu sichern ist es daher nötig, bereits im Vorfeld einer möglichen Räumung anzusetzen - es muss uns darum gehen zu verhindern, dass es überhaupt zu einem Räumungsversuch kommt!

Hierfür bedarf es aber einer breiten und vor allem kontinuierlichen Kampagne.

Um einen Räumungsversuch von vornherein zu verhindern, ist es nötig Druck aufzubauen. Solch ein Druck muss dabei zwei Zielrichtungen haben:

Zum Einen ist es nötig, Druck auf die Institutionen und politischen Entscheidungsträger auszuüben, die mit einer eventuellen Köpi-Räumung befasst wären.
Zwar ist die Köpi Privateigentum; trotzdem haben aber Bezirk, Senat und Parteien Einflussmöglichkeiten auf den Lauf der Dinge.
Bau- und Abrissgenehmigungen zum Beispiel werden von Ämtern erteilt (oder verweigert), denen gewählte Parteipolitiker/inn/en vorstehen.
Es ist auffällig, dass es bisher von keiner einzigen Berliner Partei, von keiner Parteipolitiker/in irgendeine Stellungnahme zur Köpi gibt.
Hier wäre unserer Meinung nach ein wichtiger Ansatzpunkt – die Betreffenden dazu zu zwingen, Position zu beziehen.

Die meisten der betreffenden Parteien vertreten in ihren Wahlprogrammen das "Recht auf billigen Wohnraum", die "Förderung unabhängiger Kulturprojekte" usw usw – auf diese Punkte festgenagelt könnten sie schwerlich die Räumung eines derartigen Wohn- und Kulturprojektes befürworten. Sie müssten sie eher ablehnen –

zumal im nächsten Jahr Wahlen stattfinden, und sie vor ihren potentiellen Wähler/inn/en andernfalls recht schnell in Erklärungsnotstand kämen.
Um Missverständnisse zu vermeiden: es soll hier nicht darum gehen, mit Vereinen wie PDS, Grünen, DGB zusammenzuarbeiten.
Aber für Politiker/inn/en, die sich erst einmal öffentlich für den Erhalt der Köpi ausgesprochen haben, wäre es ungleich schwieriger, später eine Abrissgenehmigung zu unterzeichnen.
Hier wäre es also sehr wichtig, ein öffentliches Klima zu schaffen, in dem diese Leute Stellung beziehen müssen. In den meisten dieser Vereine gibt es durchaus progressive Menschen oder Gruppen, die nur mobilisiert werden müssten – Jusos, DGB-Jugend – überall lassen sich Köpi-Sympathisant/inn/en finden...

Der zweite Ansatzpunkt wäre natürlich der Käufer des Hauses.
Zwar ist immer noch unklar, wer den Köpi-Kauf finanziert hat – der offizielle Käufer (sowie Unterzeichner der Kündigungen und des Abrissantrages) ist aber sehr wohl bekannt.
Wenn es gelingt auf diesen Mann einen ausreichend hohen Druck auszuüben würde er höchstwahrscheinlich das Handtuch werfen – und eine Räumung wäre damit erst einmal vom Tisch.
(Es sei daran erinnert, dass vor 10 Jahren bereits einmal ein Privatinvestor die Köpi gekauft hat – und zum Schluss einfach entnervt aufgab...)
Erstaunlicherweise ist dieser Druck auf den Käufer aber bisher komplett ausgeblieben! Geradezu naiv kommt da das letzte Kommunique der Köpi daher, in dem es heisst: "Nicht einmal eine Demo mit 4000 Leuten, die wenige hundert Meter von seinem Haus vorbeizog, konnte ihn beeindrucken".
(bliebe hinzuzufügen, dass die Demo 6 Wochen zuvor sogar unter seinem Fenster entlangzog)

Dabei ist völlig klar, warum der Köpi-Käufer absolut unbeeindruckt von der Köpi-Solidarisierung ist: Ihm passiert ja nichts. Nicht einmal wenn Tausende von Köpi-Unterstützer/inn/en direkt an seiner Wohnung vorbeiziehen, kommt es zu irgendeiner Aktion gegen ihn.
Seine Adresse, sein Geburtsdatum, sein Foto kursieren seit Monaten im Internet. Wer nach seiner Firma googelt, findet Dutzende von Seiten (darunter osteuropäische Redskin-Pages, italienische Squatter-Sites) auf denen immer wieder steht: "das ist der Arsch der die Köpi räumen will!" – trotzdem jedoch wird er vollständig in Ruhe gelassen.
Was also sollte ihn beeindrucken, wovor sollte er Angst haben –
wenn ihm doch seit Monaten signalisiert wird, dass er von unserer Seite nicht das Geringste zu befürchten hat?

Dabei ist dieser Mann der Schwachpunkt des gesamten Räumungsszenarios.
Wenn er aufgibt, finden Räumung/Abriss/Neubau nicht statt – und es wäre nicht so schwer ihm Gründe zum Aufgeben zu bieten.
Er hat einen Namen, eine Wohnung, eine Firma, ein Auto, Freunde, Nachbarn, Stammkneipe... –

ausreichend Ansatzpunkte für Unmutsäußerungen sind also durchaus vorhanden. (klar ist aber auch, dass an diesen Punkten kaum die Köpis selbst ansetzen können – nach der VS-Observation des Frühjahrs sollten sie davon ausgehen, überwacht zu werden, und Aktionen gegen den Käufer würden besser von anderen Menschen ausgeführt)

LEGAL, ILLEGAL ?!

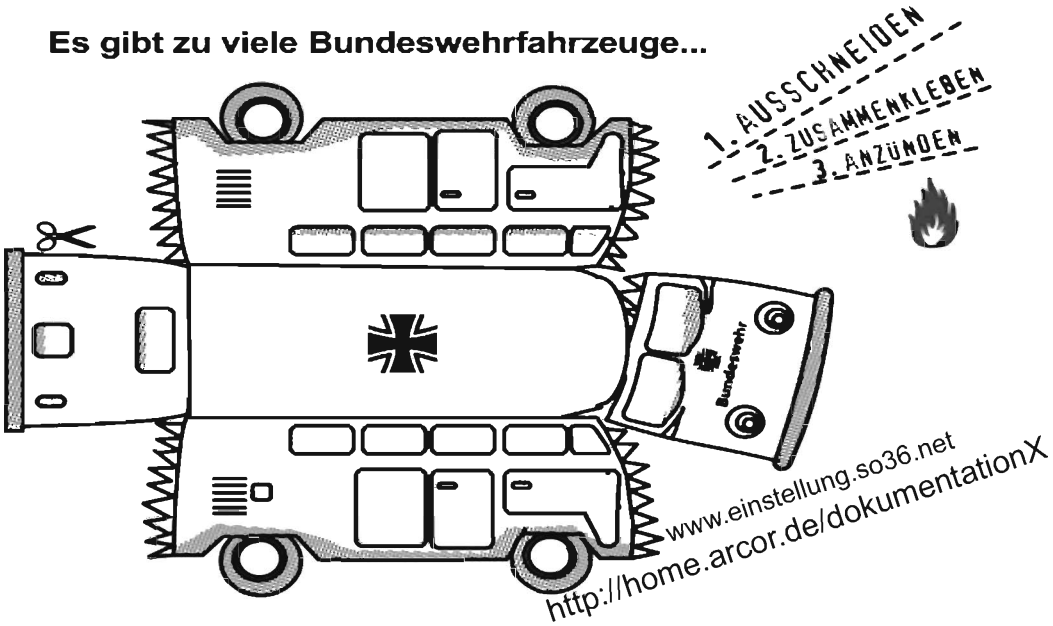
Eine breite Kampagne bedeutet weder "legalistisches Öffentlichkeitsgewimmer" noch militantes "hirnloses Draufschlagen" – eine erfolgreiche Kampagne für die Köpi muss legale politische Einflussnahme und direkte militante Intervention miteinander verbinden.
Und sie muss Kontinuität haben – die letzten Erfolge in Kopenhagen beweisen, dass sich ein langer Atem auszahlen kann!
Gegenüber den Kopenhagener/inn/en haben wir aber einen Vorteil:
Die Köpi ist noch nicht geräumt – bis jetzt sind wir noch in der komfortablen Lage, dass wir kein Ersatzobjekt erkämpfen müssen, sondern nach wie vor das Original retten können!

In diesem Sinne:

FÜR EINE BREITE, VIEFÄLTIGE, KONTINUIERLICHE KAMPAGNE ZUM ERHALT DER KÖPI!

UNITED WE STAND, UNITED WE FIGHT

Einige Freund/inn/en der Köpi



Rosa Luxemburg und die antideutschen Kreuzritter

Seit längerer Zeit gibt es in der BRD eine der Selbstbezeichnung nach linke Strömung, die meint, mit Hilfe der kapitalistischen Hauptländer – allen voran den USA – die gesamte Welt zivilisieren zu wollen. Durch die USA und andere kapitalistische Hauptländer sollen die Völker durch die Einführung der politischen Bürgerrechte aus dem Zustand der Barbarei in die Welt des westlichen Fortschritts überführt werden. Dabei berufen sie sich auf den großen Meister – Karl Marx. Natürlich, so wie es sich gehört, erklären sie uns, das sie nebenbei auch die einzigen wären, die die Werke des großen Meisters richtig lesen und zu deuten wissen, die wahren und einzigen Jünger des großen Propheten seien.
Wie verhält es sich nun aber in der Realität, wenn mensch einmal den Blick aus dem Handbuch der Soziologie aus Papas und Mamas Bücherschrank in die tatsächliche Welt wendet.
Für die Herausbildung des Kapitalismus waren der Nationalstaat als innerer Markt sowie das Entstehen von Lohnarbeitern, die im zweifachen Sinne frei waren, notwendig. Zum einen mussten sie frei sein von jeglichem Eigentum, so das sie gezwungen waren, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. Zum anderen mussten sie frei sein von äußeren Zwängen, die sie am Verkauf ihrer Arbeitskraft hindern könnten. Neben dem Nationalstaat waren also die allgemeinen Bürgerrechte die Vorraussetzungen für den Kapitalismus. Das Recht auf Eigentum sowie die freie Verfügung darüber bildeten den Kern. Die Kapitalisten erhielten damit das Recht, sich die Arbeitskraft der Lohnarbeiter/innen zu kaufen, um sich dann im Produktionsprozess deren Mehrarbeit unentgeltlich anzueignen. Für die Lohnarbeiter/innen bedeutete dies, sich im inneren Markt frei bewegen zu können, um ihre Arbeitskraft an den meistbietenden Kapitalisten verkaufen zu können – die Freizügigkeit. Dazu gehörte auch ein Mindestmaß an Schutz ihrer körperlichen Unversehrtheit, um den Verkauf ihre Arbeitskraft gewährleisten zu können. Die Bürgerrechte bestehen also im Wesentlichen darin, die Bedingungen des Kaufs und Verkaufs der Ware Arbeitskraft zu gewährleisten. In den Ländern wie den Niederlanden, Frankreich und England in denen die bürgerliche Revolution stattfand, brachte dies für die Lohnarbeiter/innen gewisse Fortschritte. Die Bauern - die Leibeigenen – das heißt, sie gehörten dem Grafen, König oder Bischof- waren lediglich Werkzeuge. Der jeweilige Herr, der sie besaß, konnte nicht nur über ihre Arbeitskraft, sondern über ihre gesamte Person verfügen. Er konnte sie schlagen, entscheiden, wen sie zu heiraten hatten und wo sie zu wohnen hätten und dergleichen mehr. Das ging so weit, das er sie auch bei Bedarf als Kriegsleute verkaufen konnte.

Eine andere Vorraussetzung für die Entwicklung des Kapitalismus waren die Kolonien. England, Frankreich, die Niederlande aber auch Spanien hatten die restliche Welt unter sich aufgeteilt, um sie auszubeuten. Damit befanden sie sich aber in einem Dilemma. Die Parole der bürgerlichen Revolution lautete „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“.

Alle Menschen wurden zumindest formal gleich vor dem Gesetz mit Hilfe der allgemeinen Bürgerrechte. Damit wäre aber der Besitz von Kolonien und die Vernichtung und Ausbeutung der Menschen, die in ihnen lebten, nicht möglich gewesen. Durch den Rassismus erfand die Bürgerklasse den „Nichtmenschen". Die Menschen, die in den Kolonien lebten, wären keine menschlichen Wesen, sondern Wilde und Barbaren. Sie, die „Wilden" würden mit den natürlichen Ressourcen ihrer Länder nichts anzufangen wissen und verfügten über keinerlei Kultur und Fortschritt. So wie heute gab es auch damals bereits rechte und linke Kolonisatoren bzw. Rassisten. Die Rechten waren der Meinung, die „Wilden" wären grundsätzlich auszurotten, da sie in keiner Weise verwertbar wären. Die Linken waren der Meinung, dass wenn man den „Wilden" ein Mindestmaß von Bildung, Gesundheit und Soziales zukommen lassen würde, dies die Ausbeutung der jeweiligen Länder günstiger machen würde. Beide Konzepte gibt es bis heute.
Die Entstehung der allgemeinen Bürgerrechte und der Rassismus sind also zwei Seiten einer Medaille. Sie bedingen sich einander und sind nicht voneinander lösbar.
Aber zurück zum großen Meister. In seiner Konzeption ging er davon aus, dass es verschiedene Etappen der Entwicklung der Gesellschaft gibt. Die Urgesellschaft, die Sklavenhaltergesellschaft, der Feudalismus, der Kapitalismus und Kommunismus. Jeder dieser Etappen würde gegenüber der vorherigen einen Fortschritt darstellen. Das ist in einfachen Worten der Begriff der Gesellschaftsformation von Marx. Genau auf diesen beruft sich jene Strömung mit der volkstümlichen Bezeichnung „Antideutsche". Die westlichen kapitalistischen Hauptländer würden den gesellschaftlichen Fortschritt im Gegensatz zu allen anderen Ländern darstellen. Deshalb sei es die Aufgabe fortschrittlicher Kräfte, die westliche Zivilisation weltweit auch mit militärischen Mitteln zu verbreiten.
So richtig der Begriff der Gesellschaftsformation im Allgemeinen ist, zeigt sich auch bei ihm, dass der Teufel im Detail im Konkreten steckt. Marx ging davon aus, dass der Kapitalismus sich weltweit ausbreiten und die allgemeinen Bürgerrechte überall gelten würden. Darin sah er den gesellschaftlichen Fortschritt, denn formale Rechte sind immerhin besser als keine Rechte. Die reale Entwicklung verlief aber anders. Es kam zur Herausbildung von kapitalistischen Hauptländern – der Metropole – und den von ihnen weltweit unterdrückten Regionen und Ländern – die Peripherie. In der marxistischen Debatte um die 1900 wurde dieser Prozess als Imperialismus bezeichnet.
Rosa Luxemburg analysierte diesen Prozess mit Hilfe der Werttheorie von Marx.
Ihr Hauptwerk zur theoretischen Analyse des Imperialismus ist die Schrift „Die Akkumulation des Kapitals"(1). *„Marx selbst hat die Frage der Akkumulation des Gesamtkapitals nur gestellt, aber nicht mehr beantwortet. Er hat zwar als Voraussetzung seiner Analyse zunächst jene rein kapitalistische Gesellschaft genommen, hat aber die Analyse auf dieser Grundlage nicht nur nicht zu Ende geführt, sondern er hat sie gerade bei dieser Kardinalfrage abgebrochen."(2)*
Die Problemstellung besteht in der Akkumulation, in der scheinbar so einfachen Frage der Realisierung des Mehrwertes. Sie kommt auf der Grundlage des Wertgesetzes zu dem Schluss, dass der Mehrwert nur realisiert werden kann, wenn neben dem kapitalistischen Milieu ein nichtkapitalistisches existiert. Die Waren tauschen sich zu ihrem Wert. In einer Gesellschaft, in der es ausschließlich Kapitalisten/innen und Lohnarbeiter/innen gibt, kann der Mehrwert zwar produziert, aber nicht realisiert werden. Da die Lohnarbeiter/innen für ihre Arbeit lediglich den Wert der zur Reproduktion (- d.h. im Wesentlichen der Wert der Lebensmittel) ihrer Arbeitskraft notwendig ist ersetzt bekommen, bliebe als Alternative ausschließlich der Privatkonsum der Kapitalisten/innen. Auch die erweiterte Reproduktion löst dieses Problem nicht, sondern hebt es lediglich auf eine neue Stufe. Schon auf den ersten Blick erscheint die Aktualität dieser Aussagen.

Für Rosa Luxemburg ist der Imperialismus" *... der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus."* (Die Akkumulation des Kapitals Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Dietz Verlag Berlin 1985 Band 5S.391)
„ Die kapitalistische Produktion ist als echte Massenproduktion auf Abnehmer aus der bäuerlichen und Handwerkskreisen der alten Länder sowie auf Konsumenten aller anderen Länder angewiesen, während sie ihrerseits ohne Erzeugnisse dieser Schichten und Länder (sei es als Produktions-, sei es als Lebensmittel) technisch gar nicht auskommen kann. So musste sich von Anfang an zwischen der kapitalistischen Produktion und ihrem nichtkapitalistischen Milieu ein Austauschverhältnis entwickeln, bei dem das Kapital sowohl die Möglichkeit fand, den eigenen Mehrwert für Zwecke weiterer Kapitalisierung in blankes Gold zu realisieren, als sich mit allerlei Waren zur Ausdehnung der eigenen Produktion zu versehen, endlich durch Zersetzung jener nichtkapitalistischen Produktionsformen immer neuen Zuzug an proletarischen Arbeitskräften zu gewinnen."
(„Die Akkumulation des Kapitals oder was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Dietz Verlag Berlin 1985 Band 5 S.429)
In anderen Worten ausgedrückt heißt das, dass die Metropolen immer die Tendenz haben, die Peripherie zu unterdrücken und zu zerstören. Die Menschen, die in diesen Regionen leben, sind ausschließlich als Konsumenten/innen der Waren aus den kapitalistischen Hauptländern und als billige Arbeitskräftereserve vorgesehen. Ansätze, sich aus dieser einseitigen Abhängigkeit zu befreien, wurden von den Metropolen immer wieder gewaltsam unterdrückt. Dabei zeigt sich das nächste Problem. Die Mittel zur Konsumtion sind in Ländern ohne eigenständige Produktion natürlich begrenzt und der Kampf um diese natürlicherweise um so heftiger.
In Afrika können wir das gegenwärtig in klassischer Form erleben. Ende der 80ziger Jahre wurde Afrika faktisch aus dem Weltmarkt ausgeschlossen. Mit Beginn des neuen Jahrhunderts entdeckten sowohl die USA als auch die EU den Kontinent neu und begannen den Kampf um die Aufteilung der verschiedenen Territorien. So wurde z.B. im Sudan mit Hilfe einiger deutscher Großkonzerne wie AEG einen „Rebellenarmee" gegründet, die ausgerechnet die rohstoffreichsten Regionen des Sudans befreien wollte. Als linkes Pendant dazu agieren die Nichtregierungsorganisationen. Mit den Afrikaweiten Projekten „Hilfe zur Selbsthilfe" an denen sich neuerdings auch deutsche Schüler/innen als junge Kolonialhelfer, gefördert über das Entwicklungsministerium, beteiligen können, soll sichergestellt werden, das nur solche Projekte entstehen, die keine Konkurrenz zu der europäischen Produktion darstellen. Zum anderen sollen diese Projekte aber die soziale Basis für jene Konsumenten/innen sein, die dann in der Lage sind, europäische Produkte zu kaufen.
Wie kann es nun angesichts der Tatsache, dass es in den von den Metropolen überfallenen und ausgebeuteten Ländern zu keinerlei Fortschritt kam, Grenada ist vergessen, Jugoslawien zersplittert und im Irak wird das islamische Recht die Scharia eingeführt, zu einer solch merkwürdigen „linken Strömung" kommen. So postmodern sie auch daherkommen, so altbacken ist jedoch ihr Geist.
"Jede kräftige Rasse und jede kräftige Wirtschaft mit der auf ihr beruhenden Kultur streben nach Ausbreitung, nach Expansion. Dieser Drang ist zu allen Zeiten ein mächtiger Faktor fortschrittlicher Entwicklung gewesen. Es wäre daher nichts widersinniger, als wenn Vertreter einer Bewegung, die den gesellschaftlichen Fortschritt auf ihre Fahnen geschrieben hat, systematische Expansionsbestrebungen als etwas an sich Schlechtes verwerfen wollten.

Solche Bestrebungen können mit verwerflichen Mitteln und Methoden betrieben werden, und sie können unter Umständen betrieben werden und zu Zuständen führen, wo sie das Gegenteil von Fortschritt bewirken und deshalb verwerflich sind. Aber das trifft nur bestimmte Fälle und nicht das Prinzip selbst." so der Sozialdemokrat Bernstein im Jahre 1900.(In Der Sozialismus und die Kolonialfrage. In: SM, September 1900, S. 552.)

Da hilft nun tatsächlich der alte große Meister. Um Ideen und Meinungen zu verstehen, reicht es nicht aus, sich lediglich mit diesen Ideen auseinanderzusetzen. Viel wichtiger ist es, die Ursachen, die zu solchen Gedanken führen, zu untersuchen. Das gesellschaftliche Sein bestimmt das gesellschaftliche Bewusstsein.
In diesem Zusammenhang sind zwei Tatsachen wichtig. Im Zuge der Gegenrevolution von 1989/90 wurde die innere feste Grenze zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen Lager in Europa beseitigt. Das ermöglichte sehr vielen Menschen in die Metropole zu flüchten. Gleichzeitig veränderten sich die sozialen Bedingungen in der BRD. Auf der einen Seite eröffneten sich scheinbar ungeahnte Möglichkeiten. Wir erinnern uns noch gut an jene Alternativyuppies die mit ihren Internetfirmen schlagartig zu Millionären wurden, um geringe Zeit später als Hartz IV Empfänger auf den Boden der kapitalistischen Realität zu landen. Die Ärmsten wurden in den letzten 10 Jahren wiederum etwas ärmer. So bitter dies auch für sie war, lag darin aber eine gewisse Kontinuität. Hart traf es aber den Mittelstand. Die Alternative zwischen den scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten das schnelle Geld zu machen und der eher realeren Entwicklung ganz schnell zum Hartz IV Empfänger zu werden prägt ihr politisches Bewusstsein.
Der Dumpfdeutsche stellt sich angesichts der zunehmenden möglichen Konkurrenten und der unsicheren sozialen Lage auf die Straße und brüllt „Ausländer raus". Das gebildete weiße Mittelstandskind weiß, dass sich so etwas nicht gehört. Es führt brav seinen Kampf gegen rechts und entdeckt gleichzeitig seine Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft. Jeder erschossene Mensch in Jugoslawien, in Afghanistan oder auch Kolumbien ist ein potentieller Konkurrent weniger am Himmel imperialistischer Glückseeligkeit, daher auch seine Freundschaft zu den USA. Hier ist auch die eigenartige Traditionslinie von Stalin über Konrad Adenauer zum AIP – Solidarität mit Israel- einzuordnen.

(1) Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Dietz Verlag Berlin 1985 Band 5, S. 5 fff Zum Einlesen und besserem Verständnis eignet sich die Schrift Die Akkumulation des Kapitals oder was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik im gleichen Band S. 413 fff
(2) Die Akkumulation des Kapitals oder was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik. Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Dietz Verlag Berlin 1985 Band 5, S.433

Repression in Italien
www.political-prisoners.net

Zum Eintretensprozess gegen die am 12.2.07 verhafteten KommunistInnen in Italien:
Am 12.12. begann in Mailand der Eintretensprozess gegen 17 verhaftete GenossInnen.
Zur Erinnerung: am 12.2.07 fand in Italien und der Schweiz eine grossangelegte Razzia von über 500 Beamte in Form Spezialeinheiten, Staatsschutz, militärischen Einheiten und so weiter statt. Die international angelegte Repressionsaktion richtete sich gegen die Konstituierung einer politisch militärischen kommunistischen Partei (PC p-m). Verhaftet wurden aktive BasisgewerkschafterInnen, StudentInnen, Militante von Antikriegs- wie politischen Widerstandsbewegungen, einer war aus der Illegalität heraus verhaftet worden. Politisch führt ihre Wurzeln zurück zur Debatte innerhalb der Brigate Rosse aus der heraus 1984 2 Positionen entsprangen. In der PC p-m findet sich die 2. Position wieder.
4 von ihnen erklärten sofort Militante der Konstituierung der PC p-m zu sein, 10 verweigerten die Aussage, 1 entschied sich zur Kollaboration, die wiederum führte im August und Dezember zu weiteren 3 Verhaftungen. Eine grosse, auch internationale Solidaritätswelle schlug der Repression entgegen. Diese entstand in den Fabriken, sozialen Zentren, politischen Widerstandsbewegung generell. Internationale Aktionen wurden aus Frankreich, Belgien, Deutschland, Schweiz und Spanien bekannt. Die Texte der Gefangenen wurden selbst ins türkische übersetzt.
Die 4 Gefangenen, Bortolato, Davanzo, Latino und Sisi (sie erklärten sich politisch zugehörig zur Konstituierung der PC p-m) verhielten sich politisch sehr offensiv: ihre Erklärungen findet Ihr unter www.rhi-sri.org
Wie zu erwarten war, wurde der Eintretensprozess von allen Gefangenen und unter Hausarrest gesetzten GenossInnen politisch offensiv geführt. Eine lange Erklärung wie auch das Verhalten am Prozess selber war politisch offensiv.
Das Datum 12.12. war politisch sehr brisant. Erinnert sei an dieser Stelle: am 12.12.69 explodierte in Mailand in einer Bank an der Piazza Fontana am helllichten Tag eine Bombe, die sofort den Anarchisten in die Schuhe geschoben wurde. Der Genosse Pinelli wurde im Verlaufe des Verhörs aus dem Fenster gestossen und starb. Diese Bombe war Teil der berühmt berüchtigten Strategie der Spannung.
Dass gerade dieses Datum für den Prozess gewählt wurde ist wohl kein Zufall. Dass die faschistische Partei Forza Nuova auf die Strasse mobilisierte und sich als Zivilpartei konstituierte gehört mit in diese politische Brisanz! Es gab sehr wohl eine Mobilisierung hin zum Prozessbunker, aber von linker Seite her. Auch im Ausland gab es zahlreiche Zeichen der Solidarität: von Grussbotschaften bis hin zu Sprayaktionen in Deutschland und Frankreich oder Brandanschlag und Sprayaktionen in der Schweiz.
Die Gefangenen der PC p-m gingen während dem Symposium gegen Isolation (14. - 17. Dezember) in Brüssel in Solidarität mit der Isofolter gegen die türkischen Gefangenen in einen Hungerstreik und führten ihn, angesichts der Isolation in der sich einige von ihnen seit mehr als 10 Monaten befinden, weiter.
Das Gericht übernahm selbstverständlich, entgegen allen Anträgen der politischen Verteidigung, die Wünsche der führenden Untersuchungsrichterin Boccassini.
Das eigentliche Prozessdatum ist auf den 27. März festgelegt!
Gegen alle im Verfahren angeschuldigten, die nicht verhaftet wurden, läuft das Ermittlungsverfahren auf polizeilich-stastschützerischer Ebene weiter. Die Ermittlungshandlungen haben nicht abgebrochen, die in den Akten aufgetauchten Telefonkontroll-Protokolle und Observationsbericht sichern diese von den Betroffenen gemachten Beobachtungen.
Wir fordern alle auf, sich zum Prozess solidarisch zu verhalten. Angegriffen wird ein revolutionäres Projekt mit langjähriger Kontinuität und Perspektive zugleich: gemeint sind alle, die im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus eine revolutionäre entwickeln wollen!
Mehr und laufend aktuelle Infos findet ihr unter: www.rhi-sri.org

Beitrag zu Kurdistan

Quelle: de.indymedia.org

Mit einem Molotowanschlag zu Silvester auf das türkische Konsulat in Bregenz am Bodensee (A), haben AntifaschistInnen auf ein Thema aufmerksam gemacht, welches derzeit für viele Menschen Verfolgung, Folter und Tod bedeutet. Der rassistische Krieg gegen die kurdische Minderheit in der Türkei hat Geschichte. Neben dem permanenten Krieg im Osten der Türkei, laufen derzeit militärische Angriffe auf das autonomes Gebiet im Nordirak, wo noch vor kurzem Saddam Hussein "Säuberungen" an den KurdInnen praktizierte. Der Krieg hat seine Fortsetzung in der EU, im Kontinent der Ausgrenzung. Von der rassistischen Abschiebepolitik in der EU und Deutschland sind auch Tausenden Menschen aus Kurdistan betroffen, die von einer Verfolgung in die nächste geraten. Ein Bild, das nicht gefallen soll: Der Rassismus ist über die Grenzen hinweg organisiert und fordert Opfer.

Der Krieg gegen die KurdInnen ist ein altbewährtes Mittel der Region, wenn es darum geht nationalistische Einheit zu forcieren. Die ideologischen Ausprägungen reichen von rassistischer Politik mit alltäglichen Repressionen bis hin zu Faschismus, welcher Tausende von Opfern in vernichtenden Angriffen bedeutet - dies geschieht derzeit im Nordirak, ausgeführt von der türkischen Luftwaffe. In den letzten Jahren wurden bereits ganze Dörfer ausgelöscht, über 30.000 Menschen getötet.
Kein Mensch versteht so wirklich, was daran ein Problem sein kann, dass die KurdInnen eine andere Sprache sprechen. Dies wird stets in den Vordergrund gestellt: "KurdInnen wollen sich nicht in das Türkentum integrieren". Doch nicht mal darum geht es (abgesehen davon, wieso sich überhaupt irgendwer irgendwem sprachlich/kulturell unterordnen sollte, "integrieren", also asimlieren sollte). Das so genannte "Kurdenproblem" musste stets aufrecht gehalten werden und musste herhalten, damit der Staat in ökonomischen und/oder politischen Krisen sich durch den Nationalismus stärken und mit einkalkulierten Opferzahlen die "allgemeine" Situation wieder beruhigen kann; so wie die Aleviten (progressiv liberaler Befreiungsislam) herhalten müssen, damit sich auf der religiösen Schiene der Herrschaft der autoritär konservative Islam stärken kann. So wurden im Jahre 1993 ein Hotel in Sivas in Brand gesetzt, in denen sich Menschen der alevitischen Minderheit befanden. Über 30 Menschen wurden bei lebendigem Leibe verbrannt, während eine Masse von Tausenden nationalistisch und religiös motivierten Menschen vor dem Hotel währenddessen jubelten.

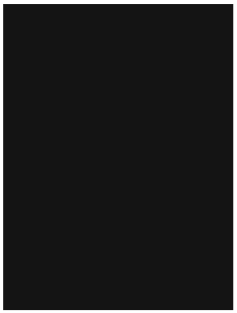
Die Geschichte hat auch immer wieder den Versuch eines Widerstands gegen die faschistische Agression gezeigt. Besonders das Gebiet Dersim ist seit dem osmanischen Reich bekannt für Revolten mit der Forderung nach Autonomie, Dezentralisierung und später auch für eine freie und sozialistische Gesellschaft.
Die emanzipatorischen und sozialistischen Versuche wurden immer wieder blutig niedergeschlagen. Besonders der Faschist Atatürk, Gründer der türkischen Republik, war Anführer von Deportationen und Massakern an KurdInnen und ArmenierInnen.

Um die "Fundamente der Republik" nicht zu gefährden, wird das Grauen der Massengräber von der gegenwärtigen Regierung der AKP (nationalistisch/religiöse Volkspartei) systematisch geleugnet, mit modernen (EU-gerechten) Argumenten fortgesetzt. Die extreme Rechte der Türkei ("Graue Wölfe"), welche neben dem reaktionär Religiösen die Basis des Staates darstellt, ist stolz auf die "Säuberungen" ihres Führers Atatürk. Ebenso stolz auf die Hinrichtung des armenischen Schriftstellers Hrant Dink im vergangenen Jahr. Solche Hinrichtungen, welche vom MIT (Geheimdienst) und paramilitärischen Rechtsextremen durchgeführt werden, stehen an der politischen Tagesordnung (siehe Berichte des Menschenrechtvereins IHD).
Heute leben mehrere Hunderttausende KurdInnen auf der Flucht vor Verfolgung und Krieg. Da helfen auch keine Scheinreformen angesichts eines EU-Beitritts der Türkei. Im Gegenteil, die EU ist Teil des Schreckens und profitiert mit Waffenlieferung ebenso am Krieg in Kurdistan. Dazu kommt, dass Menschen, die aus Kurdistan in die EU flüchten, per se als "Illegale" angesehen werden dementsprechenden Repressionen ausgesetz sind, in Schubhaft gesteckt und deportiert werden. Es herrscht eine immer rassistischere und faschistoidere Politik gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen, welche Tote fordert

Für Opfer von Faschismus und rassistischer Politik heißt es von einer Verfolgung in die nächste, von einem Knast in den nächsten, von einem Krieg in das nächste. Die Globalisierung ist derweil noch immer eine des Rassismus und Kapitalismus.
Der Widerstand ruft.

Frauen im Iran

Versteht man unter Volksherrschaft tatsächlich die Herrschaft des Volkes oder die Herrschaft der Männer über das Volk?



Im Iran werden Frauen als Menschen zweiter Klasse gesehen, was besonders deut-lich wird, schaut mensch sich die iranischen Gesetze an. Die Zeugenaussage einer Frau wird wenn sie alleine ist nicht akzeptiert, die eines Mannes schon. Wenn ein Mann und eine Frau einen Unfallverursachen erhält der Mann das doppelte an Schmerzensgeld, egal wer die schwereren Verletzungen erlitten hat. Ein Vater kann mit der Zustimmung des Gerichts (die in den meisten Fällen erteilt wird) seine 13jährige Tochter an einen 70jährigen verheiraten. Einer Mutter ist es nach gelten-dem Gesetz nicht erlaubt über Wohnort, Ausreiseerlaubnis oder Heilungsmaßnah-men des Kindes zu entscheiden. Männer dürfen mehrere Frauen haben und wenn sie wollen ihre Frau beliebig verstoßen. Durch solche Gesetze werden Frauen zu ei-ner Ware des Mannes deklariert und der Willkür des Mannes in der Gesellschaft und im Haus völlig ausgeliefert. Nur so können die regierenden Männer ihre Macht, an die sie sich mit allen Kräften klammern, im öffentlichen und privaten Leben sichern. Feministinnen wird von diesen machthabenden Männern vorgeworfen sich mit ihren Forderungen nach rechtlicher Gleichstellung zu weit aus dem Fenster zu lehnen.

2006 entschieden sich einige Gruppen von Aktivistinnen der Frauenbewegung in Te-heran eine Kampagne gegen die frauenfeindlichen Gesetze zu starten. Ein Ziel der Kampagne ist es eine Millionen Unterschriften für eine Änderung des diskriminierenden Rechtssystems zu sammeln um so verstärkt Druck auf die Regierung ausüben zu können. Des weiteren wollen die Aktivistinnen und Aktivisten so gesamtgesell-schaftliche Veränderungen und Reformen "von unten" in Bewegung bringen. Um die Unterschriften zu sammeln gehen die Aktivistinnen von Tür zu Tür, halten Tagungen und Seminare ab, führen Gespräche mit Frauen in öffentlichen Räumen und organi-sieren soweit dies im Iran möglich ist Protestveranstaltungen. Die Aktivistinnen stammen zum Großteil aus der studierten Mittelschicht und wohnen in Teheran. Durch die Kampagne sollen nun endlich auch Frauen aus sozialschwachen Schich-ten, aus der Provinz und aus ethnischen Minderheiten erreicht werden, da diese Frauen wohl am stärksten von den sexistischen Gesetzen und der Unterdrückung betroffen sind. Durch die entstandene Bewegung sollen sich feministische Gruppen kennen lernen, Kontakte knüpfen und die Zusammenarbeit untereinander vertiefen. Die Arbeit in der Öffentlichkeit ist im Iran mit viel Repression verbunden aber unheim-lich wichtig , da ein öffentliches Bewusstsein für die alltäglichen Nöte und Probleme der Frauen geschaffen werden muss. Dadurch ist es auch möglich bisher schwei-genden und isolierten Frauen Mut zu machen sich anzuschließen und das Wort ggen die Ungleichbehandlung zu erheben.

Diejenigen die sich aktiv wehren, müssen jedoch mit vielen Schwierigkeiten und staatlichen Repressionen rechnen. Die Regierung greift immer härter und ohne jegli-che Rechtsgrundlage gegen Menschen durch die sich für die Gleichstellung der Ge-schlechter einsetzen.

Der iranische Geheimdienstminister hat in diesem Zusammenhang vor der "Zusam-menarbeit mit dem inneren Feind" gewarnt, gemeint waren hier Aktivistinnen der Kampagne. Internetseiten werden gefiltert und Webbloggs zensiert um die Verbrei-tung von Informationen zu feministischen Gruppen und Themen zu stoppen. Die Polizei kontrolliert nun täglich den "richtigen Sitz" des Kopftuchs in der Öffentlichkeit und verhängt bei Verstößen hohe Geldbußen. Immer wieder kommt es zu Verhaftungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern öffentlicher Aktionen. Ca. 70 Menschen wurden mit der Begründung verhaftet durch "konterrevolutionäres Verhalten" die öffentli-che Sicherheit zu gefährden. Eine der Personen musste

vier Monate in verschiede-nen Gefängnissen verbringen ohne dass Angehörige über den Aufenthaltsort infor-miert wurden. Einige Frauen warten nun auf eine Anklage vor dem Teheraner Revo-lutionsgericht, welches ihre Verurteilung anstrebt. Während der Festnahmen im März wurden die Aktivistinnen beschimpft und geschlagen, ihre Beschwerden dazu wur-den vom Gericht und den Behörden schlichtweg ignoriert. Durch die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Reform der bestehenden Gesetze ist eine gleichberechtigte Stellung überhaupt erst möglich, was das Regime natürlich auf den Plan ruft. Die aktiven Frauen und Männer sind sich dessen bewusst und ma-chen trotz aller Repressionen und Drohungen weiter.

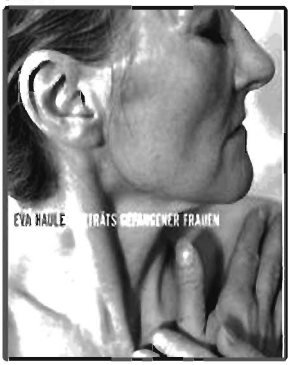
Aus europäischer Sicht mögen manche Teilaspekte dieser Kampagne wie z.B. die Berufung auf den Koran oder auf Imame komisch oder paradox wirken (Ko-ran/Religion und Feminismus??), jedoch darf die Lage des Iran und der Bevölkerung nicht unterschätzt werden. Wie soll mensch gegen einen Staat argumentieren, der sich stets und ständig auf den islamischen Glauben beruft als mit dem Glauben selbst, etwas anderes ist leider oft nicht möglich. Es bleibt nur zu hoffen, dass sich die Lage zum Besseren ändert bis Gleichberechtigung nicht mehr durch die Religion gegeben bzw.(wie in den meisten Fällen) genommen wird sondern des Menschen wegen entsteht und bleibt.

Kurzinfo Iran (dt. Land der Arier) :

Nach der islamischen Revolution im Jahre 1979 ist die Scharia (islamisches Recht-sprechung) wieder als Gesetz eingeführt worden. In der iranischen Verfassung ist durch den Artikel 57 die ausführende Gewalt, das Parlament und die juristische Ge-walt der religiösen Führung unterstellt. Somit ist der ganze staatliche Apparat dem geistlichen Führer, dem Rahbar (dt. Führer) untergeordnet. In seiner Abwesendheit wird er von einem religiösen Rat vertreten. Der Regierungschef wird für 4 Jahre ge-wählt (seit 2005 Ahmadinedschad) und untersteht auch dem religiösem Führer. Die Amtssprache ist persisch, Teheran die Hauptstadt. 98% der Bevölkerung sind Musli-me. Auf Apostasie (die Abkehr vom Islam) steht die Todesstrafe.

:::TERMINE:::

08.02.08 / 16 Uhr	**11. Todestag von Frank Böttcher** Kranzniederlegung auf dem Westfriedhof
06.03.08 / 18 Uhr	**Filmabend im Infoladen**
07.03.08 / 18 Uhr	**1. Volksküche im Infoladen**, anschließend Party mit Musik aus der Konserve, Infotisch
08.03.08 / 14 Uhr	**Demo in Berlin** zum Frauenknast Vortreffpunkt für Magdeburg: 10.30 Uhr / ZOB
15.03.08 /	**Demonstration in Berlin** zum Tag der politischen Gefangenen
28.[8] / 19 Uhr	**Ausstellung** (Eröffnung) **"Frauen im Knast"** von und mit Eva Haule im Frauenzentrum Courage
01.05.08 /	**1. Mai Demonstration** in Magdeburg *achtet auf weitere Ankündigungen !*



Volksküche etc.:

- im Heizhaus
  ...jeden Dienstag, 12- 15 Uhr: Großes Frühstück
  ...jeden Donnerstag, ca. 17 Uhr: Vokü (u.a. vegetarisch)
- im Thiembuktu
  ...jeden Freitag, ca.19 Uhr: Vokü

- Öffnungszeiten Umsonstladen LirumLarum
  ...Montag 15-18 Freitag 13 - 17 Uhr

:::ADRESSEN:::

Politische Gruppen und Initiativen:

Autonome Linke Magdeburg [A.L.M.]
www.autonomer.widerstand.de.md //
autonomelinkemd@web.de

Gruppe Internationale Solidarität [Magdeb.]
Olvenstedter Str. 10, 39108 Magdeburg
www.intersol-md.org // info@intersol-md.org

Autonome Antifa Magdeburg (AAMD)
www.AAMD.de.md // autonomeantifaMD@web.de

www.woman-voice.de.md // fightsexismMD@web.de

KPD/ ML
39034 Magdeburg
Postfach 351102
www.kpd-md.net

DKP
www.dkp-nordharz.de

KPD Ost
http://freenet-homepage.de/kpd-sachsen-anhalt/

Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Magdeburg
Postfach 32 01 15, 39040 Magdeburg

Freiraumgruppe Magdeburg
www.freiraumgruppe.de.md

Bürgerinitiative Montagsdemo
www.montags-auf-die-strasse.de

Veranstaltungsorte etc.:

Infoladen Magdeburg
[Zentrum für linke Politik und Kultur]
Eröffnung im Frühjahr
39108 Magdeburg

KJFE Heizhaus
Harsdorferstr. 33b, 39108 Magdeb.

KJFE Knast
Umfassungsstr. 76, Magdeburg

Hallenhausen
An der Steinkuhle 21, 39128 MD

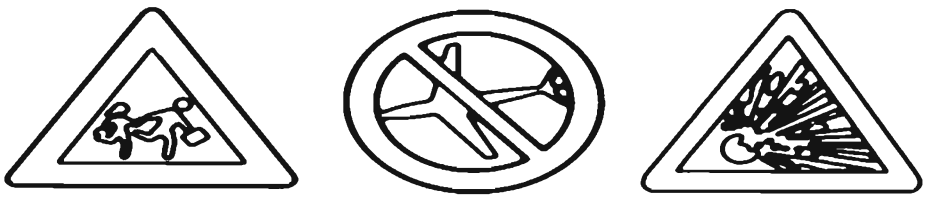
Umsonstladen LirumLarum
Brandenburger Str. 9 (Hinterhof)
39104 MD

Blaue Welt Archiv // Thiembuktu
Thiemstr. 13, 39104 MD

Eine Welt Haus
Schellingstr. 3- 4, 39104 MD

Kurdisch- Deutscher Kulturverein
Keplerstr. 4a, 39104 MD

Frauenzentum Courage
Karl- Schmidt- Str. 56, 39104 MD



Kontakt zur Redaktion der Rabatz: **md_info@web.de**